

Caritas und Menschenwürde in einer demokratischen Gesellschaft.
Workshop im Rahmen des 29. IVR-Kongresses in Luzern, 9. Juli 2019, Diskussionsrunde

Caritas und Menschenwürde: Erkenntnisse und Herausforderungen für die demokratische Gesellschaft

Einleitung

Vorbemerkung

Zielsetzung: Brücke schlagen zwischen Caritas und Menschenwürde und der Demokratie, der modernen, pluralistischen Demokratie. Wie stehen Caritas und Menschenwürde, v.a. wie steht Caritas, die Zuwendung zum Menschen in einer Demokratie, welche Rolle kann und soll sie spielen? Kann sie überhaupt eine Rolle spielen? Was ist die Funktion der Menschenwürde für die Demokratie.

Klärung der Frage: was ist für uns Demokratie, was setzt sie voraus, was braucht sie, um zu funktionieren.

Ausgangspunkt: Erfahrung mit der halbdirekten Demokratie schweizerischen Zuschnitts. Ihr liegt im Wesentlichen ein *selbst- und fremdverantwortliches* Menschenbild zugrunde: die einzelne Person soll, darf und muss für ihre Belange eintreten: Art. 6 unserer Verfassung bestimmt ausdrücklich: «Jede Person nimmt Verantwortung für sich selber wahr». Gleichzeitig wird sie verpflichtet, für die Gemeinschaft einzustehen, heisst es doch: «...und (sie) trägt nach ihren Kräften zur Bewältigung der Aufgaben in Staat und Gesellschaft bei.» Staatliches Handeln ist *subsidiär*.

Unsere Demokratie bekennt sich zudem zu einem *pluralistischen Gesellschafts- und Staatsbild*, ja, der Staat nimmt dieses gar als *Zweck* in seine Grundordnung auf, wo es heisst: Der Bund «... fördert (...) die kulturelle Vielfalt des Landes» (Art. 2 Abs. 2 BV), wobei gleichzeitig auch der «innere Zusammenhalt» angesprochen wird. Also Vielfalt und Einheit in einer spannenden Wechselbeziehung.

Vor diesem Hintergrund:

I. Zum Wesen der Demokratie

- Demokratie ist eine Staatsform – ist sie auch eine Gesellschaftsform?
- Demokratie ist zugleich eine Methode, um Entscheidungen treffen, meist von *wesentlichen* politischen Entscheidungen.

- Allgemein gilt: Entscheide *durch das Volk für das Volk*. Es ist das Ideal der Entscheidung im sozialen Verbund für diese Gemeinschaft. **Es ist ein Ideal der Selbstbestimmung im sozialen Verbund.**

Die Frage ist: Was braucht es, damit wir möglichst nahe an dieses Konzept herankommen, damit es funktioniert.

Wir wissen, dass es **Disfunktionen der Demokratie** gibt, die zu korrumpierten Demokratien führen, wo nicht das Volk im Fokus steht, sondern eine herrschende Schicht, sei es eine Meritokratie – wo die «Besten» bedient werden –, sei es eine Oligarchie – wo die Machthabenden Profit schlagen können – oder gar eine Autokratie. Die Geschichte hat es uns ausreichend gelehrt: Wir haben nationalistische Strömungen, populistische Strömungen und totalitäre Strömungen und sie alle *stören* das Ideal einer im Volk, d.h. in der gesamten Bevölkerung verwurzelten und auf sie ausgerichteten Politik.

Demokratie dient der politischen Entscheidungsfindung. Das Wesenselement der Politik ist die Macht. Es muss deshalb die *Frage des richtigen Austarierens von Macht gestellt werden*.

Anders gefragt: welche *Voraussetzungen* braucht die „gute“, die am Ideal ausgerichtete funktionierende Demokratie. Was braucht es, damit wir möglichst ans Ideal der kollektiven Selbstbestimmung und deren Zielsetzung, für alle Mitglieder der Gemeinschaft (und nicht gegen gewisse) die „richtigen“ oder doch vertretbare Entscheide zu treffen. Und was braucht es unter modernen pluralistischen Bedingungen.

Nach unserer staatsrechtlichen Auffassung wird die politische Macht mit *rechtlichen Instrumenten* gebündelt: Nämlich mit *bindenden rechtlichen Vorgaben* (Verfassung, Gesetze), mit rechtlichen *Überprüfungsinstitutionen* (Gerichte, andere Gremien) mit *Ausgleichsmechanismen* (Zusammenwirken und Machtteilung föderalistischer, staatsrechtlicher-demokratischer Natur, d.h. mit Checks and Balance). Das beantwortet noch nicht die *inhaltlichen* Aspekte.

Es stellt sich deshalb die Frage:

Welches **Menschenbild** setzt unsere tradierte Demokratie voraus, um zu funktionieren und welches Menschenbild **produziert** oder **verstärkt** die funktionierende Demokratie:

1. Sollen die Menschen entscheiden, müssen sie informiert sein, müssen teilnehmen können am öffentlichen Diskurs. Dafür brauchen wir einen gewissen Standard an Freiheit. Zu denken ist v.a. an:
 - Informationsfreiheit
 - Meinungsbildungs- und Meinungsäusserungsfreiheit
 - Medienfreiheit
 - Demonstrationenfreiheit
 - Versammlungsfreiheit
 - Bewegungsfreiheit / persönliche Freiheit

Alle diese Freiheiten müssen garantiert sein, d.h. nicht nur vom Staat *gewährt* werden, sondern auch *geschützt* werden (ggf. mit strafrechtlichen Mitteln).

Sie müssen zudem nicht nur denjenigen garantiert werden, die demokratische Rechte haben, sondern auch denjenigen Teilen des «Volks», die mitbetroffen sind (ausländische Wohnbevölkerung, Eigentümern auf dem Gebiete des betreffenden Gemeinwesens, ausländische Arbeitnehmende wie Grenzgänger, wirtschaftliche Einheiten, Vereine, NGOs u.a.m.).

Die funktionierende Demokratie ist m.a.W. ein liberales Konstrukt.

2. Die Demokratie hat sich immer wieder an den gegenwärtigen Fragen zu orientieren
Kein Entscheidungsmechanismus ist gegen Fehlentscheidungen gefeit. Das ergibt sich schon aus der Zukunftsperspektive, denen Entscheidungen verpflichtet sind: Entscheidungen, auch demokratische gesellschaftlich bedeutsame Entscheidungen werden für die Zukunft getroffen, für die wir nie alle Bedingungen abschätzen können. Die Demokratie muss deshalb auf die gewandelten Bedürfnisse und Empfindlichkeiten der von ihren Entscheidungen Betroffenen reagieren können.

Solche Korrekturen sind in einem Rechtsstaat freilich auch im Rahmen gerichtlicher Kontrollen möglich, indem Gerechtigkeits- und Grundrechtsanforderungen letztlich in gerichtlichen Urteilen ausdifferenziert und durchgesetzt werden können, doch genügt dies nicht.

Zwar sind die demokratischen Prozesse langsam, sie sind aber auch auf Korrekturentscheidungen anzulegen: Es ist nichts in Stein gemeisselt.

Mit anderen Worten, die Demokratie kann und muss auf wechselnde Verhältnisse und Bedürfnisse reagieren. Sie ist damit einem *aktuellen (und nicht einem reaktionären) Menschenbild* verpflichtet.

3. Die Demokratie ist inkludierend.

Wenn alle sich an Entscheiden beteiligen können, bedeutet dies auch, dass die Persönlichkeiten, die Gefühle und die Meinungen der anderen – aller anderen – ernst genommen werden müssen. Es entsteht ein Solidarverbund in dem Respekt für die Anderen unabdingbar ist. Es ist insofern eine „Teamfähigkeit“ und Kompromissfähigkeit erforderlich. Der Wille zur gemeinsamen Entscheidung und die Akzeptanz des „kleinsten *gemeinsamen* Nenners“ ist *Erfordernis* der funktionierenden Demokratie und die gelebte Demokratie fördert die Kompromissfähigkeit gleichzeitig.

4. Die Demokratie ist eine Staatsform der Gleichheit

Solidarität ist Ausdruck der Gleichwertigkeit aller. Sie ist auch eines der wesentlichsten Elemente interpersonaler Gerechtigkeit und ein tragendes Element der *Gleichheit*. Ohne Gleichheit kommt die Demokratie nicht aus.

II. Zum „Problem“ der pluralistischen Demokratie

In der modernen **pluralistischen Demokratie**, die nicht nur unsere traditionellen Sprachen-, Konfessions- und Bevölkerungsvielfalt kennt, mit der wir seit langem leben gelernt haben,

und die wir insofern auch in einem gewissen Mass eingeebnet haben, sondern auch neue Vielfalt infolge von Einwanderungen (ständiger und vorübergehender Natur), die unterschiedlichen Vorstellungen grundsätzlicher Art mit Bezug auf Werte, auf Instrumentarien oder Vorgehens- und Äusserungsweisen (auch) bei gesellschaftlichen Aktivitäten, die auch unterschiedlichen Zugang zu Macht- oder Herrschaftsmitteln kennt, müssen wir uns fragen, wie wir mit den aktuellen Anforderungen umgehen.

Eine Antwort ist die nationalistische Strömung: sie will den Anwendungskreis der Demokratie beschränken und „wirft“ alle anderen „raus“. Also nur beschränkte Freiheit, nur beschränkte Inklusion, keine durchgehende Gleichheit.

Damit wird Demokratie – wie sie hier verstanden wurde – allerdings teilweise aufgegeben. Nationalistische Strömungen vergeben die Chancen der Demokratie als Staats- und Gesellschaftsform.

Sie sind deshalb nicht die Antwort, die wir aus einem grundsätzlichen und umfassenden Verständnis der Demokratie vertreten können.

Können wir mit neuen inhaltlichen Ansätzen Zukunftschancen für die Demokratie produzieren und wie schaffen wir das?

Können wir aus dem Konzept der Caritas, der Empathie oder einem dem Menschen zugewandten Grundverständnis und der Menschenwürde die Demokratie beleben? Sie für alle funktionsfähig machen und ihr die Chancen zurückgeben, die in ihr vorhanden sind?

(Fragen sind noch zu formulieren aufgrund der Fachreferate)